

2. NOV. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B/XX/205

Bonn, den 25. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die neue Bundesregierung</u> Zur Ichnung verurteilt	49
2 - 3	<u>EWG vor der ZerreiBprobe</u> Notfalls ohne Frankreich? Von Egon G. Heinrich, Bonn	94
4	<u>Lastkraftwagen und Verkehrsunfälle</u> Wachsende Gefahren auf den StraBen Von H. G. Ritzel	49
5	<u>Über allen Zahlen steht der Mensch</u> Die Gesamtinvestitionen im Rahmen des GroBen Hessenplans	47
6	<u>"Freiheit, die ich meine..."</u> Das neue Pressegesetz in Spanien	45

Die neue Bundesregierung

Zur Lähmung verurteilt

G.M. - Es wäre gut, sagen zu dürfen, die neue Bundesregierung sei das Ergebnis eines vernünftigen Kompromisses. Dies ist nicht der Fall. Die nach vielen und heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Koalitionsparteien nunmehr zustandegekommene Regierung ist genau das Spiegelbild dessen, was man schon im Wahlkampf ahnen konnte: der personifizierte Ausdruck der Angst einer Gruppe von Politikern, die durch nichts anderes zusammengehalten wird, als von der Absicht, die Deutsche Sozialdemokratie und die hinter ihr stehenden fast 40 Prozent erwachsenen Bundesbürger von der Mitverantwortung und der Mitgestaltung der deutschen Politik fernzuhalten.

Es ist weniger wichtig, welche Personen Bundeskanzler Erhard aufgrund der politischen, konfessionellen und regionalen Reibereien doch noch in sein Kabinett hineinziehen konnte. Daß die notorische Versagerin Schwarzhaupt wieder Minister wurde, hat sie natürlich weniger ihrer Leistung als der Tatsache zu verdanken, daß sie eine Frau ist. Daß der den portugiesischen Diktator Salazar verehrend und die Todesstrafe herbeisehrende Herr Jäger Justizminister wurde, ist mehr als peinlich. Daß der Rechtsanwalt Höcherl plötzlich zum Landwirtschaftsexperten avancierte, ist wohl nur durch die permanente, aus Bayern auf Bonn anrollende Druckwelle zu erklären. Von den anderen neuen und alten Ministern wollen wir schweigen; das Urteil über sie ist erst fällig, wenn sie versucht haben werden, sich durchzusetzen.

Entscheidend ist, daß der Kopf dieser Regierung, Bundeskanzler Erhard wieder einmal gezeigt hat, wie wankelmütig er ist und wie wenig von der Bedeutung seines mit großartiger Geste ausgesprochenen Wortes zu halten ist, nur er habe zu bestimmen, wer Minister wird. Erhard hat nämlich gar nichts zu bestimmen. Die Verhandlungskommissionen der Koalitionspartner haben ihm ihren Willen aufgezwungen, ihn in gewissen Situationen genötigt und ihn mit dieser neuen Regierung Klötze an seine ohnehin nicht standfesten Beine gebunden, die ihn auch in Zukunft daran hindern werden, die Richtlinien der Politik zu bestimmen.

A u ß e r h a l b des Kabinetts gibt es in dieser Koalition der Regierungsparteien politische Kräfte und Gruppen, die vor und nach der Wahl kein Geheimnis daraus gemacht haben, was sie unter deutscher Politik verstehen. Der neuralgische Punkt ist hierbei die Außen- und die Deutschlandpolitik, die von einem Minister verantwortlich gezeichnet werden soll, dessen Kopf der Bundeskanzler nur mit Mühe und Not retten konnte. Gerhard Schröder hat unter seinen Parteifreunden so viele Feinde, die jeden Schritt und Tritts von ihm mit Argwohn beobachten, daß man sich ausrechnen kann, wie weit dieser Mann gehen bzw. nicht gehen können wird. Im Rücken des alten und neuen Außenministers agieren die Herren Adenauer, Strauß, von Guttenberg und eine Reihe anderer einflußreicher Persönlichkeiten, die eine andere Außen- und Deutschlandpolitik befürworten als Herr Schröder.

Mit Sicherheit muß daher gerechnet werden, daß die neue Regierung Erhard in den Lebensfragen unserer Nation aktionsunfähig bleiben wird und daß auch die innenpolitischen Probleme, die der Lösung harren, in dem Bemühen, diese Regierung wenigstens einigermaßen zusammenzuhalten, zerrieben werden.

EWG vor der Zerreißprobe

Notfalls ohne Frankreich ?

Von Egon C. Heinrich, Bonn

Wird die EWG weiterleben oder zerfallen? Welche Möglichkeiten zur Überwindung der am 1. Juli in Brüssel ausgebrochenen bisher schwersten EWG-Krise gibt es? Diese Fragen zogen sich wie ein roter Faden durch die soeben beendete Plenarsitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg. Wenige Tage vor der zweiten Sitzung des EWG-Ministerrats ohne Frankreich rechneten die nichtgaullistischen Europa-Abgeordneten sowie der Präsident der EWG-Kommission, Prof. Walter Hallstein, scharf mit der französischen EWG-Politik ab. Bedauerlich war lediglich das Fehlen der deutschen Stimme während der Hauptdebatte in Straßburg. Die 36 deutschen Europa-Parlamentarier mußten in Bonn ihrer Stimpfpflicht nachkommen. Am Donnerstag hatten dann aber auch noch einige deutsche Parlamentsmitglieder Gelegenheit, kurz zu der Brüsseler Krise Stellung zu nehmen.

Gaullistische Vorwürfe widerlegt

Zum Abschluß der zweitägigen Debatte über den 8. Gesamtbericht zur Tätigkeit der EWG-Kommission nahm das Europäische Parlament in Abwesenheit der 15 gaullistischen Abgeordneten einstimmig eine Resolution an. Darin wird an die Regierungen, die Institutionen sowie an die Öffentlichkeit der sechs Länder appelliert, alles zur Überwindung der Krise zu unternehmen. Als Berichterstatter des Parlaments war zur Eröffnung der Debatte der französische Abgeordnete Charpentier mit de Gaulles Europa-Politik scharf ins Gericht gegangen. Ihm wurde denn auch von dem gaullistischen Sprecher Jean de Lipkowski vorgeworfen, "Öl auf das Feuer zu gießen" und das Europäische Parlament als Plattform für innerfranzösische Auseinandersetzungen zu benutzen. Entsprechend der gaullistischen Terminologie gab Lipkowski der EWG-Kommission und den fünf anderen EWG-Ländern, vor allem Italien, die Schuld am Ausbruch der Krise. Die EWG-Kommission habe mit ihrem Vorschlagspaket vom März 1965 (Koppelung von Agrarfinanzierung, direkten Zolleinnahmen für die EWG und Haushaltsrecht für das Europäische Parlament) eine "übertriebene Logik" gezeigt und das ihr vom Ministerrat erteilte Mandat überschritten. In einer meisterhaften Replik widerlegte Präsident Hallstein Punkt für Punkt alle diese gaullistischen Vorwürfe. Er wies nach, daß die EWG-Kommission sich bei ihren Vorschlägen strikt an frühere Beschlüsse des Ministerrats gehalten habe, die auch von der französischen Regierung gebilligt worden waren. Die Krise bestehe nicht darin, daß die EWG-Kommission zu weit gegangen sei und die fünf EWG-Partner nicht den Willen zur Einigung gezeigt hätten. Die Krise bestehe nach Ansicht Hallsteins vielmehr allein darin, daß eine Regierung nicht mehr zu den Sitzungen des Ministerrats erscheint. Für den französischen Boykott gebe es keinen plausiblen Grund. Das französische Fernbleiben sei vielmehr die freie Entscheidung der französischen Regierung.

Für die erkrankte Fraktionsvorsitzende Käthe Strobel, MdB, stellte der Niederländer Paul Kapteyn im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments ebenfalls fest, die Verantwortung für die Krise liege allein bei Frankreich. Es sei nicht zu

rechtfertigen, daß die EWG die französischen Agrarüberschüsse finanziere, während Frankreich eine gegen seine Partner gerichtete Politik betreibe. Die sozialdemokratische Fraktion ersuchte Ministerrat und Kommission, die Verhandlungen auf der Grundlage des Memorandums der EWG-Kommission vom 22. Juli wiederaufzunehmen. Notfalls sollten die fünf Partnerländer nach den sieben fetten Jahren ohne England sieben magere Jahre ohne Frankreich in Kauf nehmen. Kaptzyn konnte sich bei seinen Ausführungen auf die Erklärung beziehen, die vom Verbindungsbüro der sechs sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft am 17. Oktober, also einen Tag vor Beginn der Straßburger Plenarsitzung, zur EWG-Krise abgegeben worden war. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ludwig Metzger stellte klar, daß Frankreich durch seinen EWG-Boykott eindeutig den EWG-Vertrag verletze. Man könne nicht den EWG-Vertrag brechen und gleichzeitig die Vorteile der Gemeinschaft in Anspruch nehmen. Die französische Regierung handle gegen die Interessen ihrer eigenen Bevölkerung.

Isolierung der Gaullisten

Eines hat die Straßburger Debatte deutlicher denn je gezeigt: Die Gaullisten waren in der Europa-Politik noch nie so isoliert wie heute. Zweimal verließen die Gaullisten ostentativ den Straßburger Plenarsaal. Keiner der nichtgaullistischen Europaabgeordneten konnte Verständnis für die französische Politik aufbringen. Auch von etwaigen deutschen Gaullisten war nichts zu sehen und zu hören. Der französische Liberale René Fleven wies unter Beifall darauf hin, daß man bei der Kritik nicht von Frankreich, sondern allein von der gegenwärtigen französischen Regierung sprechen solle.

Die Lage der in die Defensive gedrängten Gaullisten wurde noch durch die neueste Rede des französischen Außenministers Couve de Murville verschlechtert. Couves Äußerungen hatten wie eine Bombe mitten in die politische Aussprache des Europäischen Parlaments eingeschlagen. Hatte de Lipkowski soeben noch erklärt, Frankreich werde bald wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren, so wurde jetzt Couve de Murvilles Forderung nach einer politischen Gesamtrevision der Verträge vor Wiederaufnahme der Brüsseler Verhandlungen bekannt. Damit ist ein baldiger Akkord unter den Sechs in weite Ferne gerückt.

Ein zweites Faktum ist ebenfalls bemerkenswert:

Unter den Europapolitikern scheint man sich immer mehr mit dem Gedanken einer EWG ohne Frankreich vertraut zu machen. Diese Möglichkeit einer Gemeinschaft zu fünf wurde in den Wandelgängen des Straßburger Europahauses bereits offen diskutiert. Ganz allgemein herrscht der Eindruck vor, daß im Laufe der nächsten Monate so oder so eine Entscheidung über den Fortbestand der drei Gemeinschaften EWG, Montanunion und Euratom fallen wird. Dies wäre nicht nur eine Entscheidung über die Institutionen, sondern auch eine Entscheidung zwischen dem Prinzip der supranationalen Integration einerseits und dem Nationalismus andererseits. In den fünf Hauptstädten beginnt man offenbar bereits die Grenze abzustecken, bis zu der man eine Denaturierung der EWG hinnehmen würde, um den Zerfall der Europäischen Gemeinschaft zu verhindern. Von einer gemeinsamen Marschroute unter den Fünf scheint man allerdings noch weit entfernt zu sein.

Lastkraftwagen und Verkehrsunfälle

Wachsende Gefahren auf den Straßen

Von H.G. Ritzel

Die Finanznot der Deutschen Bundesbahn könnte in entscheidender Weise durch eine Steigerung des Güterverkehrs, insbesondere des Güterfernverkehrs behoben werden. Die Schätzung der Sachverständigen in bezug auf die Höhe des diesjährigen Defizits der Deutschen Bundesbahn schwankt zwischen 1,5 und 2,2 Mrd. DM. Dieses Defizit wird vom Bund zu tragen sein, es belastet also den Steuerzahler. Unter diesen Umständen muß erneut und in verschärftem Maße die Frage gestellt werden, was durch den Bundesgesetzgeber geschehen kann, um das Defizit der Bundesbahn durch gesetzgeberische Maßnahmen zu lindern.

In einem unlösbaren Zusammenhang mit dieser Frage steht die weitere Frage, ob es wirklich notwendig ist, daß im Güterfernverkehr und auch im Güternahverkehr die Bundesautobahnen und Bundesstraßen, Landstraßen I. Ordnung und die kommunalen Straßen durch Lastkraftwagen derart in Anspruch genommen werden, wie es in der Tat der Fall ist. Nicht zuletzt durch die ständige Steigerung der Zahl der Lastkraftwagen mit und ohne Anhänger und der Zahl der Personenfahrzeuge wächst das Gefahrenrisiko auf den bundesdeutschen Straßen in einem erschreckenden Ausmaß.

Man kann die technische Entwicklung nicht hemmen, aber man kann den Verkehr lenken. Es ist ein paradoxer Zustand ohnegleichen, daß neben den Straßen, die mit Lastkraftwagen und Personenkraftwagen überfüllt sind, Bundesbahnlinien laufen, deren Züge sowohl im Personenverkehr, entscheidend aber im Güterverkehr, relativ leer laufen. Für den Steuerzahler entsteht hieraus eine doppelte Belastung. Er muß immer neue Mittel aufbringen helfen, um den Straßenbau auszudehnen und zu finanzieren und er muß auf der anderen Seite für die Deckung des Bundesbahndefizits, das auf diese Umstände entscheidend zurückzuführen ist, den Kopf hinhalten. Zu den steigenden Lasten des Straßenbaus und zu dem steigenden Defizit der Bundesbahn treten noch die volkswirtschaftlichen Verluste, die durch Straßenverkehrsunfälle entstanden sind.

Im Kalenderjahr 1964 waren 54 397 Lastkraftwagen an Unfällen beteiligt, deren Schäden unter 1 000 DM der Beteiligten lagen. Zur gleichen Zeit waren 31 053 Lastkraftwagen an Unfällen beteiligt, bei denen der Schaden für einen oder mehrere Beteiligte 1 000 und mehr DM betrug. 47 973 Lastkraftwagen waren an Unfällen mit Personenschäden beteiligt. Davon endeten 2 835 Unfälle mit toten, 14 817 Unfälle mit schwerverletzten und 29 421 Unfälle mit leichtverletzten Verkehrsteilnehmern.

Auch in diesem Jahre sind die Spalten der Zeitungen mit Berichten über schwere und schwerste Verkehrsunfälle gefüllt. Maße und Gewichte der antick zugelassenen Lastkraftwagen weisen eine ständig steigende Tendenz auf. Der bundesdeutsche Standpunkt war dieser Entwicklung entgegengesetzt, er konnte sich aber nicht durchsetzen.

Zu der ständig steigenden Zahl der deutschen Lastkraftwagen mit und ohne Anhänger treten die überaus zahlreichen Lastkraftwagen aus benachbarten Ländern. Volkswirtschaftlich gesehen ergeben sich aus dem gesamten Sachverhalt unverantwortliche Tatbestände, die dringend einer Änderung bedürfen.

Über allen Zahlen steht der Mensch

Die Gesamtinvestitionen im Rahmen des Großen Hessenplans

sp. - In den nächsten zehn Jahren werden nach den Zielvorstellungen der hessischen Landesregierung rund 33 Milliarden Mark für Investitionen im Rahmen des Großen Hessenplans ausgegeben. 41 Prozent davon werden dazu aus Haushaltsmitteln des Landes Hessen bereitgestellt, das sind 13,5 Milliarden Mark, die für vier verschiedene, nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung aufgliederte Gruppen aufgebracht werden.

Innerhalb dieser großen Gruppe von Projekten ergeben sich naturgemäß Schwankungen sowohl nach der Höhe der vorgesehenen Gesamtinvestitionen als auch nach dem Anteil der Landesbeteiligung. So machen die als sozialpolitische Projekte zusammengefaßten Maßnahmen 14,3 Milliarden Mark oder 43 Prozent der Gesamtinvestitionen aus. Auf die wirtschaftspolitischen Projekte entfallen dagegen 8,1 Milliarden Mark oder 25 Prozent, auf die verkehrspolitischen Projekte 6,1 Milliarden Mark oder 19 Prozent und auf die kulturpolitischen Projekte 4,5 Milliarden Mark oder 13 Prozent.

Der Anteil der Landesmittel ist mit 62 Prozent bei den kulturpolitischen Projekten am größten. Er beträgt 50 Prozent bei den verkehrspolitischen, 36 Prozent bei den sozialpolitischen und 32 Prozent bei den wirtschaftspolitischen Projekten. So interessant diese Zahlen auch sind, so sehr sie auch die globalen Größen erkennen lassen, sie besagen zunächst doch nur dem Fachmann etwas. Aber wichtiger als alle Zahlen ist für den Bürger der damit zu erzielende Nutzeffekt, die praktische Auswirkung, die dem einzelnen Menschen und der Gesamtheit der Bevölkerung zugute kommt.

Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn hat wiederholt darauf hingewiesen, daß oberste Richtschnur allen Handelns der hessischen Landesregierung das stete Bestreben ist, die Lebensbedingungen des Menschen zu erleichtern und zu verbessern. Unter diesem Gesichtspunkt werden auch die Investitionen im Rahmen des Großen Hessenplans gesehen, weil sie das dem Menschen dienende Instrument einer langfristigen Entwicklungspolitik sind. Daher hat auch die hessische Landesregierung eine umfassende volkswirtschaftliche Gesamtschau auf Landesebene erstellen lassen, wie sie bisher noch in keinem anderen Bundesland vorliegt.

Der Vorteil dieser Gesamtschau, die die Grundlage für die harmonische Abstimmung einer langfristigen Vorausplanung bildet, liegt nicht nur darin, daß sie die natürliche Entwicklung berücksichtigt, sondern auch die gangbaren Wege aufzeigt, die erforderlich sind und rechtzeitig eingeleitet werden müssen, um die dem einzelnen Menschen und dem Leben in der Gemeinschaft dienenden fortschrittlichen Einrichtungen nicht nur in der Gegenwart zu schaffen, sondern auch für die Zukunft zu sichern. Der Große Hessenplan ist deshalb auch kein starres Rezept und dogmatisches Zahlenwerk, sondern ein variables Instrument, das dem Menschen untergeordnet ist, der über allen Zahlen steht.

"Freiheit, die ich meine..."

Das neue Pressegesetz in Spanien

Rw - Die Zensur für die Presse wird abgeschafft, die Pressefreiheit in Zukunft garantiert, so konnte man seit einiger Zeit in der Presse lesen. Nun hat der Gesetzesentwurf, der natürlich in General Francos bestellten "Parlament" unbeanstandet angenommen wird, das Licht der Welt erblickt. Die Vorzensur für Zeitungen wird tatsächlich abgeschafft. An ihre Stelle tritt eine, vermutlich in der Praxis viel wirksamere, Zensur durch sogenannte freiwillige Abreden. Mit anderen Worten, es werden Weisungen gegeben, und wer ihnen nicht folgt oder gar sich dieses Systems nicht bedient, der riskiert allerlei Maßnahmen, die nicht etwa von Gerichtsinstanzen als Urteil erlassen, sondern im Verwaltungswege ohne Einspruchsrecht angeordnet werden können.

Der Unglücks-Journalist, der sich solchen "Maßnahmen" aussetzt, kann, je nach Lage und Laune, für einen Monat oder auch auf Lebenszeit ein Berufsverbot erhalten und mit Geldstrafen zwischen etwa 80 DM bis 80 000 DM belegt werden. Wenn das keine Pressefreiheit darstellt, dann ist das lediglich der Beweis, wie wenig Menschen in parlamentarisch regierten Ländern das Wesen der "organischen" Demokratie in Franco-Spanien zu verstehen in der Lage sind.

Es gibt zudem noch eine andere, direkt revolutionäre Freiheit für die spanischen Zeitungen und Zeitschriften, deren Chefredakteure bis jetzt unmittelbar vom Informationsministerium ernannt wurden, wobei das Vorschlagsrecht des betreffenden Verlages nur eine recht relative Bedeutung hatte. Nunmehr aber können sich die Verleger einen Chefredakteur selbst aussuchen und ganz selbständig anstellen. Natürlich müssen es Journalisten sein, die in der offiziellen Berufsliste des Informationsministeriums erscheinen. Und jedermann wird in diese Liste natürlich nicht aufgenommen.

Dieses "neue Kapitel der spanischen Geschichte", wie der Informationsminister Praga Ibirarne sich ausdrückte, enthält auch weise Vorschriften über das Nachrichtenwesen, nicht so sehr bezüglich der Verkehrsunfälle, wohl aber über Nachrichten aus dem Ausland. Da könnte ja allerlei Unglück passieren, wenn man solche Nachrichten so ganz einfach dem freien Spiel der journalistischen Kräfte - des Auslands - überlassen würde. Das Ministerium wird eine Presseagentur bestimmen - bis jetzt die EFE - die ausschließlich autorisiert wird, die Nachrichten aus dem Ausland zu verbreiten und zu kontrollieren.

Trotzdem diese neue Pressefreiheit in Spanien eigentlich der Kontrollmöglichkeit wahrlich nicht entbehrt, gibt es in Madrid Kreise, die befürchten, daß nunmehr umstürzerischen, freimaurerischen und kommunistischen Einflüssen Tür und Tor geöffnet würden. Es ist eben sehr schwer, sich über den Begriff der "Freiheit" zu einigen, selbst in Spanien, wo er artlich festgelegt ist. Weniger schwer ist für die Presse außerhalb Spaniens festzustellen, daß es auch nach Verabschiedung dieses Gesetzes keine Pressefreiheit in Spanien geben wird.